

**8. Juni 2021**

++ Pressemitteilung ++

### **Jongen: Interfraktionelles Treffen – „Schluss mit Schuld und Sühne!“ Die AfD-Fraktionen fordern eine differenzierte Betrachtung der deutschen Kolonialgeschichte**

Auf Einladung des Arbeitskreises Kultur und Medien und unter der Leitung des kulturpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion Dr. Marc Jongen fand am Montag, 7. Juni, in Berlin das 5. interfraktionelle Treffen der AfD-Kulturpolitiker aus dem Bundestag und den Landesparlamenten statt (siehe Foto der Teilnehmer unten.)

Im Rahmen dieses Treffens wurde eine Resolution zur aktuellen Instrumentalisierung der deutschen Kolonialzeit durch linke Ideologen in den Regierungen und außerhalb mit folgendem Inhalt verabschiedet:

Berlin, den 7. Juni 2021

**Schluss mit Schuld und Sühne – für eine differenzierte Betrachtung der deutschen Kolonialgeschichte!**

Mit der Anerkennung von Gewalttaten der deutschen Kolonialmacht an den Herero und Nama im heutigen Namibia vor mehr als hundert Jahren als Völkermord hat die Bundesregierung die Schuldspirale zu Lasten Deutschlands erneut ein Stück weitergedreht. Diese Anerkennung wird keineswegs zur gewünschten Vergebung führen. Schon stehen Reparationsforderungen von bis zu einer halben Billion Euro im Raum. Das „Versöhnungsabkommen“ mit Namibia, das am 11. Juni in Windhuk unterzeichnet werden soll, steht auf der Kippe. Die Anerkennung widerspricht dem historischen Forschungsstand, ist völkerrechtlich problematisch und übergeht die parlamentarische Debatte.

Genauso zweifelhaft wie dieser Kotau der Bundesregierung im Namen sogenannter „historischer Gerechtigkeit“ ist die geplante Rückgabe eines „substanziellen“ Teils der sogenannten Benin-Bronzen, den eine „hochrangig besetzte Gesprächsrunde“ auf Einladung der Kulturstaatsministerin Anfang Mai beschlossen hat. Die Benin-Bronzen wurden von deutschen Museen rechtmäßig erworben und dürfen nicht pauschal als „Beutekunst“ klassifiziert werden. Das „größte Kulturprojekt unserer Zeit“, das Humboldt-Forum im wiederaufgebauten Berliner Stadtschloss, in dem ein Gutteil des Sammlungsgutes aus den ethnologischen Sammlungen Berliner Museen zusammengeführt werden soll, ist mit alledem in den Brennpunkt der ideologischen Auseinandersetzungen um das koloniale Erbe Deutschlands gerückt. Linke Aktivisten, die den Wiederaufbau des preußischen Berliner Stadtschlusses von Anfang an kategorisch ablehnten, sehen jetzt ihre Stunde gekommen, das Projekt doch noch zu Fall zu bringen.

Das Humboldt-Forum im Berliner Stadtschloss ist nur eine exemplarische Bühne des gegenwärtigen Kulturkampfes: Unter dem Schlagwort „Cancel Culture“ („Löschkultur“) soll, unter anderem durch Straßenumbenennungen oder Denkmaltürze, Deutschland ein für alle Mal von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten und seiner kulturellen Identität beraubt werden. Dem Hass der Kulturmarxisten auf das Eigene liegt ein ideologisches Zerrbild der deutschen und europäischen Geschichte zugrunde. Dieses muss durch eine differenzierte Sicht auf die deutsche Kolonialgeschichte ersetzt werden.

Das simple Täter-Opfer-Narrativ wird historischen Realitäten nicht gerecht. Es vermittelt ein einseitiges, moralisierendes Bild vom Kolonialismus als einer dunklen, grausamen Epoche. Die europäische Kolonialisierung war aber von jeher ein ambivalenter Prozess. Sie hat den kolonialisierten Völkern unleugbar Gewalt zugefügt, sie häufig aber auch aus „archaischen Strukturen gelöst“ – wie es der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin ausdrückte – und ihnen den Weg zur Nationenwerdung und moderner Staatlichkeit bereitet.

Die kulturpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen in Bund und Ländern fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen vor diesem Hintergrund dazu auf:

- zu einer differenzierten Sicht bei der Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit zurückzukehren;
- pauschalisierende historische Schuldeingeständnisse zu unterlassen;
- Restitutionsen von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext bis auf wenige Ausnahmen zu unterbinden;
- dem Übel der „Cancel Culture“ entschlossen entgegenzutreten und auf ein offenes Debattenklima in Deutschland hinzuarbeiten.